

anderen sprachlichen Beigeschmack hat. Die Genossen schlagen außerdem eine kleine Umstellung vor auf Blatt 2. Das kann redaktionell gemacht werden, muß nicht Gegenstand meines Berichtes sein.

Ich könnte mir vorstellen, daß mit der Abstimmung über den Bericht der Antragskommission und die in ihm enthaltenen Vorschläge auch über die Annahme dieser Erklärung entschieden werden könnte.

Was den Hinweis auf Konföderation im Rahmen einer europäischen Friedensordnung und Diskussion über die zukünftigen staatlichen Daseinsbedingungen der Deutschen betrifft, so verweist die Antragskommission auf die im Diskussionsstandpunkt für einen alternativen demokratischen Sozialismus und die im Referat von Genossen Gregor Gysi getroffene Aussage: „Wir treten dafür ein, die deutsche Frage nicht deutsch-national, sondern im Sinne der Demokratisierung und Entmilitarisierung Europas zu lösen.“

Die dieser Tage von Herrn Günter Gaus in einem Vortrag im Berliner Französischen Dom entwickelte Vorstellung darüber, daß die BRD, die CSSR, die DDR, Polen, Ungarn und Österreich eine zentraleuropäische Konföderation auf Sachgebieten wie Umweltschutz, Verkehrsplanung, Infrastruktur, industrielle Kooperation bilden könnten, zeichnet sich dadurch aus, daß sie am Interesse der Menschen mehrerer europäischer Staaten orientiert ist, ihre Lebenslage zu verbessern. Worauf unsere Partei bei jeglichem Nachdenken über konföderative Strukturen Wert legt, das ist, die Rahmenbedingungen für eine beträchtlich erweiterte gedeihliche Zusammenarbeit zu verbessern, ohne daß die souveränen Rechte der Völker und Staaten auf Selbstbestimmung über die Gestaltung der inneren Wirtschafts- und Sozialordnung sowie auf eigene Außen- und Bündnispolitik untergraben würden. Vom Dargelegten ausgehend, schlägt die Antragskommission vor, der Parteitag möge als Standpunkt unserer Partei beschließen: „Wir treten ein für die Erhaltung der Eigenstaatlichkeit der DDR bei beweglicher Entwicklung vielgestaltiger wirtschaftlicher, kommunaler und anderer Beziehungen mit der BRD in einer Vertragsgemeinschaft, die Bestandteil konföderativer Strukturen bei Wahrung der Souveränität der Staaten werden könnten.“

Soweit der Bericht. Noch eine Nachbemerkung, liebe Genossinnen und Genossen! In Reden auf unserem Parteitag wie in Papieren, die unserer Kommission und anderen Kommissionen zugegangen sind, trifft man des öfteren auf die Formulierung, mit dieser oder jener neuen Regelung solle Gängelern, Bevormundung, zentralisiertes Reinreden usw. „ein für allemal“ ausgeschlossen werden. Dazu am Schluß meines Berichtes eine Anmerkung – ein für allemal? Strukturen, Rahmenbedingungen und andere Voraussetzungen können vieles bewirken, begünstigend in der einen und einschränkend in der anderen Richtung. Doch einfach darauf zu bauen, daß wir nun Regelungen haben werden, die allein aus sich heraus alles Böse abwenden und alles Gute erblühen lassen, das hielte ich für illusorisches Denken. *(Beifall)*

Denn ob die per Programm und Statut, Verfassung und Gesetz ermöglichte Demokratie tatsächlich verwirklicht wird, darüber geben die Menschen mit ihrer